



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde im Wahlkreis Gifhorn-Peine,

nach einem historischen Wirtschaftseinbruch im Frühjahr 2020 mehren sich die Anzeichen einer Erholung. Während sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt insgesamt leicht verbessert hat, sind Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern weiterhin in Kurzarbeit. Einzelne Branchen und Unternehmen kämpfen nach wie vor um ihr wirtschaftliches Überleben. Mit Soforthilfen, Bürgschaften und Krediten ist es uns gelungen, noch Schlimmeres zu verhindern. So konnten wir bis Ende September bundesweit rund 103.000 kleinen und mittelständischen Unternehmen mit Überbrückungshilfen unter die Arme greifen. Die wirtschaftliche Erholung steht auf sehr dünnem Eis. Deshalb sollten wir jede weitere Belastung für Unternehmen vermeiden. Unsere Politik zielt darauf ab, die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft zu stärken. Als Anlage zu dieser „Schulterblick“-Ausgabe finden Sie das aktualisierte Faktenblatt „Maßnahmen gegen die Corona-Krise“. Dort aufgeführt sind unsere Hilfen für Unternehmen und Beschäftigte, für Familien, Verbraucher, Rentner, Landwirte und unsere europäischen Partner, unsere Unterstützung fürs Gesundheitswesen, für Forschung und Entwicklung sowie unser internationales Engagement.

Auch in den Gebäuden des Deutschen Bundestages wurde auf den deutlichen Anstieg der Infektionszahlen reagiert. Nachdem bereits seit einigen Wochen eine eindringliche Empfehlung des Parlamentspräsidenten zum Tragen einer Maske in den Gebäuden bestand, wurde nun eine Pflicht zum Tragen angeordnet. Der Grund dafür: Viele Abgeordnete und Mitarbeiter einer Fraktion waren nicht in der Lage, verantwortungsvoll mit der Empfehlung umzugehen und verweigerten sich dieser. Seit Dienstag müssen nun auch die Angehörigen der AfD-Fraktion zum Schutze aller Mund-Nase-Bedeckungen im Deutschen Bundestag tragen...

Bleiben Sie bitte gesund und weiter verantwortungsvoll, zum Wohle unserer Gesellschaft!
Ihre und Eure



Bericht aus Berlin

Änderung des Bundeswahlgesetzes

In zweiter und dritter Lesung verabschiedeten wir eine Reform des Bundeswahlgesetzes. Das soll der erste Schritt der Koalition sein, um eine Vergrößerung des Bundestages zu vermeiden. Zum einen wird der erste Zuteilungsschritt ab der Bundestagswahl 2021 im geltenden Wahlrecht so modifiziert, dass er eine teilweise Verrechnung von Überhang- mit Listenmandaten der gleichen Partei ermöglicht und zugleich eine föderal ausgewogene Verteilung der Bundestagsmandate gewährleistet. Zudem bleiben ab der Bundestagswahl 2021 bei Überschreiten der Regelgröße von 598 Mandaten bis zu 3 Überhangsmandate unausgeglichen. Darüber hinaus erfolgt weiter ein Vollaussgleich. Die Anzahl der Wahlkreise bleibt zur Bundestagswahl 2021 unverändert bei 299, ab 2025 wird sie auf 280 reduziert. Dabei darf es nicht bleiben. Es muss eine langfristig tragfähige Lösung gefunden werden, für die alle Parteien Kompromisse eingehen müssen. Eine überparteiliche (Experten-) Kommission kann helfen und dabei auch Wege aufzeigen, wie beispielsweise eine Erhöhung des Frauenanteils im Parlament erreicht werden kann. Insgesamt keine leichte Aufgabe, für die sich aber alle Volksvertreter entschlossen einzusetzen haben.



© Deutscher Bundestag / Achim Melde

Mit einem weiteren, verabschiedeten Gesetz wird ermöglicht, dass das Bundesinnenministerium eine Rechtsverordnung erlassen kann, um — wenn es nicht anders möglich ist — Kandidatenaufstellungen auch außerhalb von Präsenzveranstaltungen zuzulassen. Darüber hinaus sieht das Gesetz Änderungen im Parteienrecht vor. Aufgrund der COVID-19-Pandemie werden — ähnlich wie für Vereine — beispielsweise verlängerte Amtszeiten von Vorständen und Vertretern, digitale Versammlungsformate, Briefwahlen und räumlich und zeitlich getrennte Urnenwahlen ermöglicht. Diese Änderungen sind befristet bis zum Ende des Jahres 2021.



Bericht aus Berlin

Strengere Regeln und Sanktionen für Parlamentarier

Als Koalition setzen wir uns dafür ein, Sanktionen nach dem Abgeordnetengesetz auszuweiten. Deswegen beschlossen wir im Plenum des Bundestages eine Reform des Abgeordnetengesetzes, mit der zwei neue Ordnungsgeldtatbestände eingeführt werden. Dies umfasst einerseits Verstöße gegen die Anzeigepflicht von Spenden oder gar der Annahme eines unzulässigen Vorteils und andererseits die rechtswidrige Mitarbeiterbeschäftigung. Im Zusammenhang mit dem unerlaubten Einsatz von Abgeordnetenmitarbeitern im Wahlkampf oder für die Partei fehlten bislang entsprechende Regeln und Sanktionsmöglichkeiten. Zudem präzisiert die Reform die Verhaltensregeln für Abgeordnete, beispielsweise beim Hinweisen auf die Mitgliedschaft im Bundestag im privaten und beruflichen Kontext. Zudem entfällt der Druck des Amtlichen Handbuchs mit Angaben zu den Abgeordneten. Diese Angaben werden künftig ausschließlich im Internet veröffentlicht, was Einsparungen und einen schnellen, jederzeit verfügbaren Zugang ermöglicht.



© Deutscher Bundestag / Arndt Oehmichen

Landjugend überreicht Erntekrone

Da ich ja selber aus der Landwirtschaft stamme, war es mir eine besondere Freude, am Mittwoch an der Übergabe einer Erntekrone durch die Westfälisch-Lippische Landjugend an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft teilzunehmen. Anlass war das Erntedankfest. Die wunderschöne Erntekrone wird — wie es nun eine alljährliche Tradition ist — seinen Platz im Sitzungssaal des Ausschusses finden und unsere Arbeit „begleiten“. Vertreter der Landjugend forderten bei dieser Gelegenheit mehr Planungssicherheit und eine Zukunft für sich. Die Landjugend hat uns als CDU/CSU-Bundestagsfraktion da ganz fest an ihrer Seite!



© Deutscher Bundestag / Simone M. Neumann



Bericht aus Berlin

Fachgespräch zum Thema „Bürgerräte“

Der Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement tagte am Dienstag im Rahmen eines öffentlichen Fachgespräches zum Thema Bürgerräte.

Bürgerräte sind zufällig ausgeloste Bürgerversammlungen, die sich intensiv mit einer bestimmten Fragestellung befassen und dazu Empfehlungen ausarbeiten. Bereits im Juli habe ich mich mit Martin Coordes aus meinem Wahlkreis getroffen, der bereits an einer solchen Versammlung teilgenommen hat.

Am Dienstag erörterten wir dann mit Sachverständigen die Vor- und Nachteile dieses Konzepts zur Stärkung der Bürgerbeteiligung. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble hat kürzlich die Schirmherrschaft für einen Bürgerrat übernommen, der sich mit Deutschlands Rolle in der Welt auseinandersetzen soll. Noch in dieser Legislaturperiode sollen dem Deutschen Bundestag Ergebnisse vorgelegt werden. Das Projekt wird von dem Verein „Mehr Demokratie e. V.“ durchgeführt und finanziert.



Mehr zum Fachgespräch und die gesamte Anhörung im Video [finden Sie hier im Internet](#).

Bürokratieentlastung im Meldewesen

Mit dem Gesetzentwurf, den wir in erster Lesung berieten, sollen die notwendigen Rechtsänderungen zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes im Meldewesen geschaffen werden. Künftig soll es Bürgerinnen und Bürgern unter anderem möglich sein, selbst Meldedaten über ein Verwaltungsportal aus dem Melderegister abzurufen und für verschiedene Zwecke weiter zu nutzen. Des Weiteren zielt der Gesetzentwurf darauf ab, den länderübergreifenden Datenabruf zu verbessern, melderechtliche Prozesse zu vereinfachen und die allgemeine Datenqualität und Datenverfügbarkeit zu erhöhen. Das Bundesmeldegesetz wird durch die Länder vollzogen. Aufgrund der Uneinheitlichkeit zwischen den Ländern konnten bundesweite Daten bisher häufig nur im manuellen Verfahren angefragt und übermittelt werden. Durch einen automatisierten Datenabruf wird unter anderem für abrufende Stellen und Personen die Möglichkeit zur Sofortauskunft geschaffen.



Bericht aus Berlin

Meeresschutzgebiet in der Antarktis gefordert

Mit einem interfraktionellen Antrag unterstützen wir die Bundesregierung bei ihrer Initiative, das ökologisch einzigartige Ökosystem des antarktischen Weddellmeeres unter Schutz zu stellen. Ein entsprechender EU-Vorschlag für die kommende Jahrestagung der „Kommission zur Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis“ wurde maßgeblich von der Bundesregierung unter Federführung des Bundeslandwirtschaftsministeriums vorbereitet. Ein Weddellmeer-Schutzgebiet wäre eine große Chance für die Staatengemeinschaft, dem festgeschriebenen Ziel des UN-Übereinkommens zur Biologischen Vielfalt (CBD), bis zum Jahr 2020 zehn Prozent der



Weltmeere unter Schutz zu stellen, einen großen Schritt näher zu kommen. Darüber hinaus fordern wir im Antrag die Bundesregierung auf, sich im Rahmen der Verhandlungen über ein neues Rahmenwerk der CBD für das Ziel einzusetzen, bis 2030 sogar 30 Prozent der Weltmeere unter Schutz zu stellen. Denn die Einrichtung von Meeresschutzgebieten stellt eines der wirksamsten Mittel dar, um Übernutzung und Raubbau zu unterbinden, marine Ökosysteme und Habitate zu erhalten und somit die Auswirkungen des Klimawandels zu minimieren.

Marktwirtschaftliche Instrumente für mehr Klimaschutz

In zweiter und dritter Lesung beschlossen wir Anpassungen des Brennstoffemissionshandelsgesetzes. Mit dem Gesetz wurde im Dezember 2019 ein nationales Emissionshandelssystem für die nicht vom europäischen Emissionshandelssystem erfassten Sektoren eingeführt. Bei den steuerrechtlichen Regelungen zur Umsetzung des Klimapakets 2030 hatten sich Bundestag und Bundesrat auf eine Erhöhung der Zertifikatspreise in der Einführungsphase verständigt. Mit dem vorliegenden Gesetz sorgen wir für marktwirtschaftliche Anreize für klimafreundliche Technologien und emissionsärmere Energieträger. Darüber hinaus wird der Bundesregierung durch Anpassung einer Verordnungsermächtigung die Möglichkeit eingeräumt, Maßnahmen zur Vermeidung von „Carbon-Leakage“, dem Verschieben von Emissionen in Länder ohne entsprechende Auflagen, mit Rückwirkung zum 1. Januar 2021 zu regeln. Die Eckpunkte für die entsprechende Verordnung hat das Kabinett bereits am 23. September beschlossen; diese Verordnung ist für die Unionsfraktion wichtig, weil sie für Unternehmen, die unter besonders hohem Wettbewerbsdruck stehen, eine Kompensation für Belastungen aus höheren Brennstoffkosten bringt.



Bericht aus Berlin

Weiteres aus dem Plenum

Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes. Mit dem Regelbedarfsermittlungsgesetz berieten wir in erster Lesung die Regelbedarfe im Bereich der Sozialhilfe (SGB XII) und in der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II), die zum 1. Januar 2021 neu ermittelt werden.

Der Gesetzgeber ist bei Vorliegen einer neuen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe verpflichtet, die Höhe der Regelbedarfe neu zu ermitteln. Dabei werden auch gesellschaftliche Veränderungen aufgegriffen. So werden beispielsweise erstmals ab 2021 die Kosten für die Mobilfunknutzung vollständig im Regelbedarf enthalten sein. Bisher wurden die Kosten einer Flatrate für Festnetzanschlüsse bestehend aus Telefon und Internet anerkannt. Mit dem Gesetzentwurf werden außerdem die Höhe der Geldleistungen für den notwendigen Bedarf und den notwendigen persönlichen Bedarf für das Asylbewerberleistungsgesetz nach den gesetzlichen Vorgaben neu festgesetzt.

Gesetz zur Fortentwicklung des Rechts des Pfändungsschutzkontos und zur Änderung von Vorschriften des Pfändungsschutzes (Pfändungsschutzkonto-Fortentwicklungsgesetz). Mit dem Gesetz wird eine Vielzahl an Vorschriften hinsichtlich des Kontopfändungsschutzes in der Zivilprozessordnung beschlossen. So werden unter anderem erstmalig Vorschriften für die Pfändung eines Gemeinschaftskontos geschaffen, der Pfändungs- und Verrechnungsschutz bei Konten mit negativem Saldo verbessert sowie der Zugang zu Nachweisen zur Erhöhung des Grundfreibetrags für Schuldner erleichtert. Weitere Änderungen betreffen die Verkürzung des Anpassungszeitraums für die Pfändungsfreigrenzen auf ein Jahr, den Pfändungsschutz von Kultusgegenständen, die der Ausübung von Religion und Weltanschauung dienen, und die Sicherstellung des Vollstreckungsschutzes für Sachen Privater, die für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben unentbehrlich sind.

Drittes Gesetz zur Änderung des Direktzahlungen-Durchführungsgesetzes. Wir beschlossendie Reform des Direktzahlungen-Durchführungsgesetzes in zweiter und dritter Lesung. Durch die Änderung werden 6 Prozent der deutschen EU-Direktzahlungen für das Antragsjahr 2021 als Mittel für die Förderung der ländlichen Entwicklung zugeteilt. Die Mittel werden damit von der 1. Säule in die 2. Säule (ELER, Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums) der Gemeinsamen Agrarpolitik umgeschichtet. Dies entspricht der Höhe der Umschichtung für das Antragsjahr 2020. Dies haben wir gegenüber der SPD-Fraktion durchgesetzt, die eine höhere Umschichtung wollte. In den Jahren 2015 bis 2019 lag die Höhe der Umschichtung bei 4,5 Prozent.

Einen Überblick über die rund 30 Stunden des [Plenarbetriebs diese Woche finden Sie hier](#).



Bericht aus Berlin

Weitere Bilder aus der Woche



Mit dem Kollegen Christian Haase im Gespräch auf einem parlamentarischen Abend.



Wie in den vergangenen Wochen: Ohne Maske geht es nicht mehr durch die Gebäude des Deutschen Bundestages



Die Gifhorner Ratssitzung am Montag dauerte so lange, dass ich erst zu sehr später Stunde nach Berlin aufbrechen konnte.



**Sprechen Sie uns an —
wir sind gerne für Sie da!**

Kontakt/Impressum

Ingrid Pahlmann MdB

Bundestagsbüro Berlin

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 11, 11011 Berlin
Telefon: 030 227-72341
Fax: 030 227-76067
E-Mail: ingrid.pahlmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Gifhorn

Steinweg 5, 38518 Gifhorn
Telefon: 05371 740 69 28
Fax: 05371 937 38 74
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de
Ansprechpartner: Frederick Meyer

Wahlkreisbüro Peine

Freiligrathstraße 4, 31224 Peine
Telefon: 05171 769 92 49
Fax: 05171 150 34
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de
Ansprechpartnerin: Ann-Marie Klaas



Copyright

Bilder:

Kopfzeile S. 2-7: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann; Deutscher Bundestag/Achim Melde;

Kopfzeile S. 8: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann;

S. 4: Screenshot Deutscher Bundestag.

Alle weiteren Bilder, sofern nicht anders vermerkt, privat oder Pixabay.